

NIEDERSCHRIFT Nr.: 35/L

über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

- öffentlicher Teil -

am Mittwoch, 05.12.2018, um 16:00 Uhr

35. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 18:12 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Staatsrat Schulz

Herr Staatsrat Siering

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen

Herr Robert Bücking

Herr Elias Tsartilidis

Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)

Herr Andreas Kottisch

Herr Sascha Lucht

Frau Dr. Henrike Müller

Herr Dieter Reinken

Herr Klaus-Rainer Rupp

Herr Christian Schäfer

Herr Max Liess für Herrn Frank Schildt

Herr Dr. Volker Redder für Frau Lencke Steiner

Herr Heiko Strohmann für Frau Susanne Grobien

Von der Verwaltung

Herr Armstroff

Herr Brunßen

Frau Bullenkamp

Herr Cordßen

Frau Drücker

Frau Geßner

Frau Krumsee-Budde

Herr Dr. Kühling

Herr Meyer

Herr Peters

Herr Sengstake

Frau Stellmacher

Herr Ullrich

Frau Wessel-Niepel

Herr Wiebe

Gäste

Herr Geber (WFB)

Herr Göbel (WFB)

Herr Heyer (WFB)

Herr Howe (bremenports)

Herr Stapp (Bremer Aufbau-Bank)

Abg. Kastendiek eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Abg. Kastendiek merkt an, das der TOP 13 ausgesetzt werde.

Abg. Reinken bittet, den TOP 16 ebenfalls auszusetzen. Diesbezüglich sei zunächst der Gleichstellungsausschuss zu befassen, ehe die Vorlage in der Deputation aufgerufen werden könne. Er bittet zudem darum, die Vorlage mit der Bitte um Stellungnahme an den Gleichstellungsausschuss zu leiten.

Abg. Kastendiek weist darauf hin, dass eine Tischvorlage zu TOP 2 vorgelegt worden ist.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 34/L über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - öffentlicher Teil - vom 25.10.2018

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);
Zwischenberichte zum 30.09.2018**

Vorlage Nr. 19/624-L/S

Mit Verweis auf die zuvor verteilte Ergänzungsvorlage fragt **Abg. Kastendiek**, wie viele Hektar der Dispositionsreserve bereits für gewerbliche Verkäufe bzw. anderweitige Zwecke, wie etwa Wohnungsbau, reserviert seien. Des Weiteren bittet er, den Sachstand der Fläche der geplanten Borgward-Ansiedlung zu erläutern.

Herr Dr. Kühling antwortet, dass aufgrund der aktuellen Vermarktungssituation ein hoher Reservierungsstand herrsche. So seien circa 50 Hektar Gewerbeflächen, inklusive der Borgwardflächen, sowie circa weitere 5 Hektar für Wohnungsbau reserviert. Allerdings sei es unwahrscheinlich, dass alle Reservierungen auch wahrgenommen werden.

Herr Heyer ergänzt zum Sachstand „Borgward“, dass die Verabredung bestehe, dass bis Ende des Jahres eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich der Nutzung der Gewerbeflächen seitens der Firma vorgelegt werde.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2018 zur Kenntnis.

TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land)

Bestellung des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2018

Vorlage Nr. 19/625-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bestellt in ihrer Eigenschaft als Sondervermögensausschuss die KPMG AG zur Abschlussprüferin des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen des Landes Bremen für das Wirtschaftsjahr 2018. Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 4 Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen

Zwischenbericht zum 30.09.2018

Vorlage Nr. 19/626-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Fischereihafen nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2018 zur Kenntnis.

An die Deputation zugleich als Sondervermögensausschuss

TOP 5 Sondervermögen Fischereihafen

Ersatzneubau der Nordmole in Bremerhaven

Vorlage Nr. 19/627-L

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** zur Haushaltsthematik erläutert **Herr Peters**, dass die Befassung der Gremien nach der aktuellen RL Bau erfolge. Demnach gebe die Deputation im Anschluss an den Senatsbeschluss ein fachliches Votum ab, ehe das Votum des Haushalts- und Finanzausschusses (HaFa) eingeholt werde, welches die Verpflichtungsermächtigungen umfasse. Zur Finanzierung weist er darauf hin, dass die für das Jahr 2019 benötigten Mittel bereits im Sondervermögen inbegriffen seien.

Auf entsprechende Nachfrage **des Abg. Bücking** erklärt **Herr Howe**, dass der Turm an der Molenspitze komplett versetzt werden solle.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als Sondervermögensausschuss für das Sondervermögen Fischereihafen nimmt den Bericht zum Zustand der Bremerhavener Nordmole und die Notwendigkeit zur Realisierung eines Ersatzneubaus zur Kenntnis.

2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als Sondervermögensausschuss für das Sondervermögen Fischereihafen stimmt dem Ersatzneubau der Nordmole mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 26,54 Mio. € zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, über die Senatorin für Finanzen die haushaltsrechtliche Absicherung der erforderlichen Planungs- und Baumittel durch Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses herbeizuführen.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen, nach Bestätigung der Kosten (durch eine Kostenberechnung im Rahmen der EW-Bau) die Freigabe der Baumittel durch Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses zu veranlassen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

An die Deputation

TOP 6 Produktgruppencontrolling

hier: Controllingbericht Januar bis September 2018

Vorlage Nr. 19/628-L/S

Vorab wird eine Austauschseite verteilt.

Frau Wessel-Niepel merkt dazu an, dass ein technischer Fehler bei der Datenverarbeitung über SAP zu einer ursprünglich fehlerhaften Darstellung geführt habe.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis September 2018 zur Kenntnis.

TOP 7 Ausgleich von Personalmehrausgaben in den Produktplänen 31, 71 und 81

Vorlage Nr. 19/629-L/S

Abg. Kastendiek schlägt vor, den TOP aufgrund des bestehenden Zusammenhangs gemeinsam mit dem TOP 8 zu beraten und zu beschließen.

Abg. Rupp vermisst wie schon in vorhergehenden Beratungen dieses Themenkomplexes eine konkrete Bedarfsermittlung, da die dargestellte Zahl der Mitarbeiter, insbesondere im Hafengebiet zu gering erscheine. Er fragt, ob es Ansätze gebe, wie viele Jahre im Bereich Häfen benötigt würden, um das Personalkonzept umzusetzen.

Dep. Dr. Redder schließt sich den Äußerungen des **Abg. Rupp** an. Er merkt zudem an, dass mit dem Übergang von WFB-Mitarbeitern ein finanzielles Nullsummenspiel erwartet

worden sei. Dies sei jedoch nicht eingetreten. Überdies sei bei den betroffenen Mitarbeitern, die vermehrt Ressortaufgaben bei weniger Zeit für konkrete Förderaufgaben leisten, eine Überlastungssituation entstanden. Dieser Zustand führe in eine falsche Richtung, weshalb die FDP der Vorlage nicht zustimmen werde.

Abg. Kastendiek erinnert, dass die Personalmehrausgaben seit mehreren Jahren ein Thema darstellen würden. Er habe mit der letzten Haushaltsaufstellung einen entsprechenden Ausgleich erwartet, sodass der Anschlag des Personalhaushaltes auch den benötigten Mitteln entsprechen würde. Es sei jedoch immer noch keine lösungsorientierte Perspektive für die Probleme, unabhängig von den organisatorischen Umstrukturierungen erkennbar. Er erwartet nachdrücklich, dass die Senatorin für Finanzen und der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ein tragfähiges Personalkonzept aufstellten, welches auch den Grundsätzen von Haushaltswahrheit und -klarheit entsprechen würde.

Staatsrat Siering entgegnet in Richtung des **Dep. Dr. Redder**, dass die Mitarbeiter des Ressorts jederzeit für den Bereich Wirtschaft ansprechbar seien und sich hochmotiviert für die Belange der Wirtschaft einsetzten. Er führt weiter aus, dass zur Wahrheit gehöre, dass das Ressort eine Reihe zusätzlicher Aufgaben übernommen habe. Um die Zumutungen für die Mitarbeiter im Rahmen des Erträglichen zu halten, befinde sich das Ressort laufend in Gesprächen mit der Senatorin für Finanzen. Im Übrigen sei eine exakte Personalplanung bis auf die letzte Stelle kaum möglich, weshalb auch die Schwankungen zu erklären seien.

Abg. Reinken teilt die Einschätzung des **Abg. Kastendiek**, das die aktuelle Situation als unbefriedigend zu bezeichnen sei. Er halte es aber auch für die Aufgabe des Haushaltsgesetzgebers, erforderliche Korrekturen nachzuvollziehen. Jedenfalls sehe er keine Alternative zum Beschluss der Vorlage. Insbesondere die Situation im Hafenbereich sei unhaltbar. Dies müsse in ein richtiges Verhältnis gesetzt werden. Er führt weiter aus, dass sich zentrale Kernaufgaben einer Sollplanung entzögen und die Vorlage insofern zur Klarheit beitragen würde.

Herr Wiebe erklärt, dass die Situation auch für das Ressort unbefriedigend sei. Gleichwohl sei der Personalüberhang für 2018 im Vergleich zu den Vorjahren 2016 und 2017 deutlich reduziert worden. Damit sei vermutlich die untere Grenze des Personalbestandes erreicht, um die Aufgaben des Ressorts zu erfüllen. Die Personalzielzahl sei kaum ausreichend und könne aufgrund des beschlossenen Haushaltes allerdings nicht geändert werden. Insgesamt sei der Konsolidierung des Haushaltes in den vergangenen Jahren eine wichtige Bedeutung zugekommen, die auch vom Ressort verfolgt wurde. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es nicht um einen Personalaufbau beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen gehe, sondern lediglich der vorgegebene Umfang an

Personaleinsparungen nicht vollständig erreicht werden konnte. Er gehe zudem davon aus, dass der Akzent nunmehr in Richtung einer aufgabengerechten Personalplanung gehen müsse. Hierzu würden aktuell in den Bereichen Innovation und Arbeit mit Unterstützung der KGSt bereits erste Ansätze verfolgt. In Richtung des **Dep. Dr. Redder** stellt er heraus, dass in der neuen Innovationsabteilung auch die bisherigen Ressortmitarbeiter eingesetzt würden, die schon zuvor Verwaltungsaufgaben wahrgenommen hätten und fortan im Gegenzug auch stärker operativ arbeiten würden.

Abg. Rupp fragt, ob es eine Methode der Personalbedarfsschätzung gebe und ob aufgrund zu erwartender Personalabgänge eine Netto-Personalbedarfsplanung für die kommenden 10 Jahre bestehe. Abschließend befürchtet er, dass der noch vorhandene Erfahrungsschatz im Ressort zunehmend und schneller schwinde.

Herr Wiebe entgegnet, dass altersbedingte Personalabgänge durchaus abzuschätzen seien. Anderweitige Wechsel wie z.B. Versetzungen oder Elternzeit/Beurlaubungen seien für eine Planung hingegen schwer zu berücksichtigen. Eine standardisierte Personalbedarfsermittlung sei zudem nicht vorhanden, da diese bei ministeriellen Aufgaben nicht, wie vergleichsweise bei standardisierter Fallbearbeitung, möglich sei.

Dep. Dr. Redder fragt, ob aus dem Übergang der Mitarbeiter der WFB zum Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen langfristige Synergieeffekte entstehen würden.

Herr Wiebe erläutert, dass die Mitarbeiter der WFB zum Teil aus Projektmitteln finanziert würden, sodass es immer wieder in einer Übergangsphase zwischen drittmittelfinanzierten Projekten zu Mehrkosten kommen könne, unabhängig davon, ob die Mitarbeiter bei der WFB oder im Ressort arbeiten würden.

Abg. Kastendiek erkundigt sich nach den dargelegten Problemen bei der Aufgabenerledigung in der Abteilung Markt- und Gewerbeangelegenheiten und hinterfragt die ausreichende Personalausstattung.

Dem schließt sich der **Abg. Rupp** hinsichtlich der Hafenanliegenheiten an.

Herr Wiebe stellt dazu fest, dass aufgrund der vorgenommenen Prioritätensetzung alle wichtigen Aufgaben erledigt werden können, auch wenn dies in Einzelfällen durchaus problematisch sei.

Abg. Schäfer weist darauf hin, dass der Krankenstand des Ressorts, ähnlich dem der bremischen öffentlichen Verwaltung, drei bis viermal so hoch sei wie der Bundesdurchschnitt und fragt, ob auch dieser Zustand zu einer Überlastung führen würde.

Herr Wiebe bestätigt, dass der Krankenstand des Ressorts außerordentlich hoch sei, dies jedoch nicht auf eine unzureichende Personalausstattung zurückgeführt werden könne.

Vielmehr gebe es vielfältige Ursachen für den Krankenstand.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Ausgleich der Personalmehrausgaben in Höhe von insgesamt 610 Tsd. Euro durch folgende Einsparungen zu:

- 440 Tsd. € aus Minderausgaben der Haushaltsstelle 0709/892 10-0 „Innovationsförderung Schiffbau“
- 145 Tsd. Euro aus Mehreinnahmen der Haushaltsstelle 3854/111 45-0 „Einnahmen aus dem Hafenslotsdienst (Versorgungsbeiträge)“
- 25 Tsd. € aus Minderausgaben der Haushaltsstelle 0331/681 10-5 „Entschädigungen nach dem OEG“

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und FDP sowie bei Enthaltung der Stimmen des Vertreters der LKR-Gruppe.

TOP 8 Umsetzung des Personalkonzepts des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Berichtsbitte des Haushalts- und Finanzausschusses)

Vorlage Nr. 19/648-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht über die Umsetzung des Personalkonzepts des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss der Bremischen Bürgerschaft weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 9 Beteiligungsbericht über das 1. bis 3. Quartal 2018

Vorlage Nr. 19/630-L/S

Der **Abg. Rupp** stellt heraus, dass sich die Finanzierung der WFB noch nicht geändert habe und weiterhin über Flächenverkäufe abgesichert sei. In Bezug auf die Flughafen Bremen GmbH äußert er Bedenken, dass die anstehenden Investitionsmaßnahmen, die bereits im Controllingausschuss angekündigt worden seien, in Eigenverantwortlichkeit von der GmbH zu finanzieren seien.

Abg. Kastendiek bittet, die Ergebnisse der Beschlussfassung des Controllingausschusses hinsichtlich der Ergebnisse des Aufsichtsrates der Flughafen Bremen GmbH in

Berichtsform der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorzulegen.

Darüber hinaus merkt er an, dass es zu Mehrausgaben beim Projekt „EcoMaT“ gekommen sei, die durch Rücklagen der WFB finanziert worden seien und hinterfragt, woraus sich die Rücklagen gebildet haben.

Herr Göbel erklärt, dass diesbezüglich zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben zu unterscheiden sei und daher auch ausreichend finanzielle Mittel vorhanden seien. Ab dem Jahr 2020 müsse die Finanzierung der WFB jedoch verstärkt durch den Haushalt erfolgen.

Abg. Kastendiek fragt ergänzend, woraus und für welchen Zeitraum die Liquidität der WFB für das Projekt „EcoMaT“ entstanden sei.

Herr Göbel erläutert, dass die Gesellschaft so plane, dass zu keinem Zeitpunkt ein negatives Eigenkapital zustande komme. Es bestehe das Ziel, die anderweitig generierten Mittel zurückzuzahlen. Ein konkreter Zeitraum könne jedoch nicht genannt werden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. bis 3. Quartal 2018 zur Kenntnis.

TOP 10 Neuausrichtung der Controllingberichterstattung

Vorlage Nr. 19/579-L/S

Auf Bitte des **Abg. Kastendiek** führt **Frau Bullenkamp** in die Vorlage ein. Sie erläutert, dass die bisherigen halbjährlichen Controllingberichte aufgrund ihrer unterschiedlichen Gesellschaftsaufgaben keine einheitliche Darstellungsform sowie Informationen besitzen und daher Anstoß für die Neuausrichtung der Controllingberichterstattung gegeben hätten. Die installierte, abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe habe in der Auseinandersetzung mit dem bisherigen Berichtswesen (halbjährliche Controllingberichte und Managementreporte) herausgefunden, dass im Ergebnis die Managementreporte eine wesentliche unterjährige Informationsgrundlage der Gesellschaften darstellen. Daher werde ein unterjähriger Plan-Ist-Vergleich der Gesellschaften über den Managementreport vorgelegt. Ein weiteres Instrument stelle künftig der Jahrestätigkeitsbericht dar. Dieser solle in einem einheitlichen Format immer zu Beginn des darauffolgenden Jahres vorgelegt werden und beinhalte die drei Bereiche „Allgemeine Angaben“, „Wirkungsbilanz“ und „Leistungsbilanz“ sowie Anlagen für die Darstellung der Projekte. Die Wirkungs- und Leistungsbilanz solle künftig eine Zeitspanne von 5 Jahren beinhalten, indem 3 vergangene Jahre sowie 2 Jahre der Zukunft betrachtet würden. Ferner solle die Einschätzung der Geschäftsführung für einen Ausblick über die Chancen und Risiken der Gesellschaft im Jahrestätigkeitsbericht mit einfließen. Weiterhin gebe es die Absicht, die Gesellschaften M3B und BAB beim Jahrestätigkeitsbericht mit aufzunehmen. Insgesamt

erwarte sie eine größere Flexibilität im Berichtswesen bei einer wirkungsrelevanten Steuerung.

Abg. Kastendiek fragt, wie die unterjährige Berichterstattung ausgestaltet werden solle.

Abg. Rupp ist der Meinung, dass eine unterjährige Berichterstattung zur Kontrolle unerlässlich sei und dies die Möglichkeit des Eingreifens biete. Er empfiehlt eine Probephase für die Neuausrichtung zu vereinbaren, um einen Vergleich zu schaffen, gibt jedoch zu bedenken, dass die unterjährige Berichterstattung bestehen bleiben müsse. Dies sei anhand der Managementreports nicht ersichtlich.

Staatsrat Siering ergänzt, dass die Umstrukturierung der Gesellschaften zu der Neuausrichtung der Controllingberichterstattung geführt habe. So habe die WFB den Messebereich verloren, während mit der M3B eine neue und noch nicht im Berichtswesen enthaltene Gesellschaft hervorgetreten sei. In diesem Zuge habe es die Überlegungen gegeben, eine möglichst übersichtliche Darstellungsform zu wählen. Die Managementreports sollen dabei weiterhin die Entwicklung der Unternehmen aufzeigen und wie bisher in unterjährigen Zeitabschnitten erfolgen. Der Jahrestätigkeitsbericht trete dann als Ergänzung auf, um einen Jahresüberblick zu verschaffen. Demnach werde ein Mehr an Informationen bereitgestellt.

Abg. Kastendiek verdeutlicht, dass er die unterjährige Berichterstattung für äußerst wichtig halte und äußert Zweifel an der Neuausrichtung der Berichterstattung.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Berichterstattung durch einen Jahrestätigkeitsbericht der WFB, der FBG, der BIS, der M3B und der BAB zu. Die Jahrestätigkeitsberichte werden den Deputationen im ersten Quartal des Folgejahres zusammen mit dem MMR für das 1. bis 4. Quartal vorgelegt, erstmals zu Beginn des Jahres 2019.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt zu, dass die bisherigen Controllingberichte für diese Gesellschaften entfallen.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt zu, dass der Managementreport der BIS zukünftig nachrichtlich zusammen mit den Managementreports der Gesellschaften des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorgelegt wird.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU, DIE LINKE und LKR-Gruppe.

TOP 11 Positionspapier "Schlüssel zu Innovationen"

Auftakt zur "Strategie für Industrie und Innovation Land Bremen 2030"

Vorlage Nr. 19/631-L

Herr Ullrich führt in die Vorlage ein. Er erklärt, dass die Strategieentwicklung mit Beginn des nächsten Jahres starte. Im Wesentlichen würden Programme gebündelt, Schlüsseltechnologien identifiziert und gefördert sowie die neue EU-Förderperiode antizipiert. Die Programmbündelung umfasse die Clusterstrategie, das Innovationsprogramm sowie den Masterplan Industrie und ermögliche, alle innovationsorientierten Aspekte dieser Programme in einen zentrierten Blick zu nehmen. Zudem werde das Thema „Dienstleistungen“ tiefer verankert, da es vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung kaum abgrenzbar sei. Die Orientierung auf Schlüsseltechnologien greife einen Förderansatz der EU auf, nach dem „unternehmerische Entdeckungsprozesse“ verstärkt in Form von branchenunabhängigen Innovationsformen und auch mit Blick auf Dienstleistungen erfolgen sollen. Insofern sei es auch folgerichtig, bereits jetzt die kommende EU-Förderperiode in den Blick zu nehmen, um frühzeitige Entwicklungen in das dann entsprechende Pflichtenheft einfließen zu lassen.

Abg. Reinken begrüßt, dass der Entwicklungsansatz Bezug auf den in den letzten Jahren geschaffenen Erfahrungsschatz nehme und die Innovationspolitik somit von der politischen Konjunktur löse. Die Prozessorientierung in Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort halte er für einen zentralen Aspekt für die Wirksamkeit der Strategie in Betrieben und Innovationsbereichen. Die angeführte Konzentration auf Schlüsseltechnologien sei als Auflösung künstlicher Grenzen zwischen den Sektoren besonders zu begrüßen. Seines Erachtens sei der häufig genannte Gegensatz zwischen Industrie und Dienstleistungen zu schematisch. Nicht zuletzt seien von der Strategie wichtige Impulse für die kommende EU-Förderperiode zu erwarten. Bei allen innovationsbasierten Neuerungen sollten allerdings auch die Interessen der Arbeitnehmerschaft berücksichtigt werden.

Abg. Kastendiek zeigt sich grundsätzlich erfreut darüber, dass dieses Thema benannt werde. Dagegen sei der Zeitpunkt aufgrund des bevorstehenden Abschlusses der aktuellen Legislaturperiode unbefriedigend, denn mit der Vorlage würde ein Präjudiz für die kommende Legislaturperiode geschaffen werden. Dies sei nicht akzeptabel und die CDU werde, ein entsprechendes Wahlergebnis vorausgesetzt, diesen und andere Beschlüsse in möglichen Koalitionsverhandlungen auf den Prüfstand stellen. Das sei auch bedauerlich, weil der Vorlage inhaltlich durchaus gefolgt werden könnte, dem Verfahren jedoch nicht. Zudem halte er es für einen Fehler, externe Beratungen erst in einem zweiten Prozess mit einzubeziehen und empfiehlt, diese bereits zum aktuellen Zeitpunkt einzubeziehen, um anschließend erste Anpassungen vornehmen zu können. Insgesamt entspreche das

Papier den Einlassungen der CDU-Fraktion in den vergangenen Jahren, sodass vor dem Hintergrund des Verfahrens ein fader Beigeschmack bleibe.

Abg. Bücking begrüßt, dass das Positionspapier eigene konzeptionelle Gedanken hervorbringe. Er gibt zu bedenken, dass die Strategie sehr langfristige Programme mit einem jeweils langfristigen Finanzierungshorizont anspreche. Dieser Finanzierungshorizont zwinge dann Politik und Verwaltung in ein enges Korsett und laufe gegebenenfalls an den Anforderungen und Bedingungen in und aus der Wirtschaft vorbei. Die Strategie würde dagegen entsprechenden Spielraum schaffen. Die genannte Konzentration auf Cluster halte er für richtig. Insgesamt bewerte er die Vorlage als guten Start, mit Blick auf die kommende EU-Förderperiode sehe er allerdings auch einen gewissen Zeitdruck.

Abg. Rupp erklärt, dass er die gewählte Konzentration auf die Cluster und die damit einhergehende Orientierung als zu eng ansehe. Einige Bereiche wie z. B. die Gesundheitswirtschaft sei nicht mit einbezogen und auch die Rolle der öffentlichen Unternehmen und öffentlicher Dienstleistungen sei nicht zu erkennen. Darüber hinaus halte er es für wichtig, Risikoabschätzungen, Risikoanalysen sowie die vom **Abg. Kastendiek** genannte Vorfestlegungen nicht außer Acht zu lassen.

Abg. Reinken entgegnet, dass der Bereich der Gesundheitswirtschaft im Bereich Biotechnologie und Life-Science auf der Seite 5 der Vorlage aufgegriffen werde. Er verstehe ferner die Bedenken der CDU-Fraktion, möchte aber dafür werben, den Entwicklungsprozess der Strategie von künftigen politischen Konstellationen freizuhalten. Schließlich gehe es nicht zuletzt um die Attraktivität Bremens als Wirtschaftsstandort, deren Steigerung er als parteiübergreifendes Ziel verstehe.

Staatsrat Siering erklärt, dass der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bereits in den letzten Jahren einen Fokus auf die Innovationscluster gelegt habe, um deren Stärken weiter auszubauen bzw. mit weiteren Aufgaben auszubauen. Beispielhaft für die erfolgreiche und frühzeitige Entwicklung neuer Innovationsprozesse und -einrichtungen nennt er die Entwicklung des EcoMaTs, welches im Frühjahr 2019 eröffnet werde, dessen Entwicklungsgrundstein aber bereits vor Jahren gelegt worden sei. Solche Erfolge müssten vor allem im Hinblick auf die Nutzung von europäischen Fördermitteln weiter gepflegt, ausgebaut und gegebenenfalls angepasst werden.

Dep. Dr. Redder begrüßt generell die bestehende Clusterung, auch um die Stärken weiter zu stärken. Er teilt allerdings die Einschätzung des **Abg. Rupp**, dass der öffentliche Sektor außer Acht gelassen würde, der ebenfalls in Form eines Clusters in die Strategie eingebunden werden sollte.

Abg. Kastendiek vermag keine wesentlichen Argumente für eine Zustimmung erkennen.

Trotz inhaltlich durchaus positiver Ansätze bleibe es insgesamt bei einem inakzeptablen Verfahren.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt das Positionspapier „Schlüssel zu Innovationen - Auftakt zur „Strategie für Industrie und Innovationen Land Bremen 2030“ zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, auf dieser Grundlage die weitere Erarbeitung und Abstimmung einer „Strategie für Industrie und Innovation im Land Bremen 2030“ einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter/Innen der Fraktionen von CDU und DIE LINKE sowie bei Enthaltung des Vertreters der FDP.

TOP 12 EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020:

FuE-Infrastruktur für additive Fertigung im EcoMaT

Vorlage Nr. 19/634-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Förderung einer FuE Infrastruktur für additive Fertigung im EcoMaT zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen von 900.000 €. Sie stimmt vorbehaltlich der positiven Prüfung eines erforderlichen EFRE-Antrags einer Finanzierung aus dem EFRE-Programm 2014 – 2020 des Landes Bremen zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen für die Förderung einer FuE Infrastruktur für additive Fertigung im EcoMaT und den sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die Haushaltsjahre 2019-2020 i.H.v. insgesamt 900.000 € entsprechend dem beiliegenden VE-Antrag zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 13 Neubau eines Ausstellungsbereiches "Extremwetter" im Klimahaus Bremerhaven
Hier: Finanzierung der Planungsleistungen**

Vorlage Nr. 19/645-L

Dieser Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt.

**TOP 14 STARTHAUS-Konzept - zukunftsfähige Gründungsunterstützung
Bericht zum Stand der Umsetzung**

Vorlage Nr. 19/610-L

Herr Stapp leitet in die Vorlage ein. Er rekapituliert ausführlich die Idee und die Ziele des STARTHAUSES und stellt den Gründungsprozess und Werdegang dar. Inzwischen sei ein gründungs- und beratungsorientiertes Team von 16 Mitarbeitern installiert worden, dass seine Aufgaben auch weitestgehend eigeninitiativ erfülle. So sei die Aufgabe der Geschäftsführung durch die bisherige Leitung zwar bedauerlich, doch würden die Aufgaben weiterhin motiviert erfüllt. Perspektivisch denke die BAB über eine teamorientierte Führung des STARTHAUSES nach.

Dep. Dr. Redder hält das STARTHAUS als „One-Stop-Agency“ für eine gute Einrichtung: Er begrüßt den außerordentlich hohen Frauenanteil in den Beratungsleistungen. Im Bundesvergleich stehe Bremen mit der Anzahl der Gründungen hingegen weniger positiv dar.

Abg. Kastendiek fragt, wie das Modell der Teamleitung anstelle einer Abteilungsleitung aussehen soll und ob eine Neuaufstellung aufgrund des Abganges der Leitung angestrebt werde. Vor dem Hintergrund der Ausführungen unter Punkt 4 auf der Seite 6 der Vorlage fragt er, warum das Niveau der eingegangenen Beratungsanfragen nicht angestiegen sei und ob diesbezüglich Zielzahlen für die Jahre 2019 und 2020 festgeschrieben seien.

Abg. Frau Böschen bemerkt, dass die Zahlen quantitativ zwar gut seien, sie wirft allerdings die Frage auf, wie qualitative Verbesserungen angestrebt werden könnten.

Abg. Kottisch stellt fest, dass Platz 8 im Bundesvergleich hinsichtlich der Anzahl an Gründungen mehr als beachtlich sei, da Bremen als Stadtstaat somit mehr Gründungen verzeichnen könne, als einige Bundesländer mit sehr viel mehr Städten.

Abg. Rupp teilt die Meinung des **Dep. Dr. Redder**, dass die Einbeziehung von Frauen und der daraus resultierende hohe Frauenanteil sehr positiv sei.

Herr Stapp erklärt, dass es unabhängig von der Leitungsposition zunächst wichtig sei, ein starkes Team zu haben, um eine Basis für kommende Aufgaben zu schaffen. Dennoch solle eine neue Leitungsstruktur geschaffen bzw. die Leitungsposition neu besetzt werden. Bezüglich der Erfolgszahlen aus dem Jahr 2017 seien die besonderen Umstände, wie

etwa der Umzug oder auch die Neubesetzung zu beachten. Trotz dessen habe man die Zielzahlen ohne externe Unterstützung erfüllen können, wenngleich eine zukünftige Steigerung der Beratungszahlen erzielt werden müsse.

Bei Fragen der Frauenförderung seien die allgemein gültigen Fragestellungen zur Attraktivitätssteigerung Bremens als Standort auf die besonderen Anforderungen der Frauenförderung herunterzubrechen. Dabei werde eng mit den Frauenberatungsstellen zusammengearbeitet. Insbesondere für das tendenziell passive Gründungsverhalten von Frauen müssten passende Instrumente und Formate entwickelt werden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Umsetzung der STARTHAUS-Initiative zur Kenntnis.

**TOP 15 City- und Stadtteilmarketing und -management in Bremen
Jahresbericht 2018**

Vorlage Nr. 19/636-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Jahresbericht zum City-und Stadtteilmarketing und -management in Bremen für 2018 zur Kenntnis.

**TOP 16 Bericht zum Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 19/1740)
"Geschlechtergerechte Weiterentwicklung der "Gemeinschaftsaufgabe
Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" - GRW-Fortschreibung 2020 für
Veränderungen nutzen"**

Vorlage Nr. 19/646-L

Dieser Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt.

**TOP 17 Bericht zum gemeinsamen Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen Bremen
Vorlage Nr. 19/647-L**

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zum gemeinsamen Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen Bremen (b|z|n|b) zur Kenntnis.

TOP 18 Verein zur Förderung des Technologietransfers an der Hochschule Bremerhaven e.V. (ttz)

Bericht zum Umsetzungsstand der Sanierung und Zuführung von Eigenkapital

Vorlage Nr. 19/650-L

Abg. Rupp begrüßt die Arbeit des Ressorts zur Neuaufstellung des ttz und meint, dass das Ressort hier gute Arbeit geleistet habe und das ttz damit auf einem guten Weg gebracht werde.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über den Stand der Umsetzung des Sanierungskonzeptes des Verein zur Förderung des Technologietransfers an der Hochschule Bremerhaven e.V. (ttz) gem. der anliegenden Vorlage für die Sitzung des Senats am 06.11.2018 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der vorgesehenen Kapitalzuführung in Höhe von 1,5 Mio. Euro aus Mitteln des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Nachbewilligung in Höhe 1,85 Mio. Euro bei der Haushaltsstelle 0706/893 11-3 „Zuschuss an das TTZ für Investitionen“ unter Einsparung in Höhe von 1,5 Mio. Euro bei der Haushaltsstelle 0706/891 20-0 „Zuschüsse für die infrastrukturelle Erschließung“ sowie Einsparung in Höhe von 350 T Euro aus dem Haushalt der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.
5. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um einen weiteren Bericht im Jahr 2019 über die wirtschaftliche Entwicklung des Verein zur Förderung des Technologietransfers an der Hochschule Bremerhaven e.V. (ttz) auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2018.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 19 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP): Einführung einer "Aufstiegsfortbildungs-Prämie" im Land Bremen

Vorlage Nr. 19/619-L

Abg. Frau Böschen begrüßt ausdrücklich die Umsetzung der Aufstiegsfortbildungs-Prämie zum 01.01.2019.

Abg. Bücking hebt positiv hervor, dass nach Überarbeitung die Aufstiegsfortbildungs-Prämie nun auch geschlechtergerechter gestaltet worden sei.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen beschließt die Einführung einer „Aufstiegsfortbildungs-Prämie“ ab dem 01.01.2019.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen beschließt die „Richtlinie zur Gewährung einer Billigkeitsleistung für eine Prämie bei erfolgreich abgeschlossener Aufstiegsfortbildung (Bremische Aufstiegsfortbildungs-Prämie)“.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Finanzierung der Kosten für die Durchführung des Programms in Höhe von jeweils 1.800.000 Euro für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 im PPL 31 unter Heranziehung von Minderausgaben im BAP im laufenden Haushaltsvollzug zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Finanzierung der Kosten für die Bewirtschaftung des Programms (Beauftragung der NBank) in Höhe von jeweils 50.000 Euro für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 im PPL 31 unter Heranziehung von Minderausgaben im BAP im laufenden Haushaltsvollzug zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 20 Fortführung von Job Budget ("Übergang Werkstatt-Allgemeiner Arbeitsmarkt, Übergang W-A") mit Mitteln der Ausgleichsabgabe im Zeitraum 01.01.2019 - 31.12.2022

Vorlage Nr. 19/620-L

Abg. Frau Böschen merkt an, das die Vermittlungsquote in Bremen besser sei als in Bremerhaven.

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Böschen** erklärt **Herr Armstroff**, dass die Antwort zur höheren Vermittlungsquote über das Protokoll nachgereicht werde. (siehe Anlage 3)

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Fortsetzung der Maßnahme Job Budget (Übergang Werkstatt – allgemeiner Arbeitsmarkt) für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2022 und dem Einsatz aus Mitteln der Ausgleichsabgabe in Höhe von bis zu 583.200 Euro zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 583.200 Euro zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und

Finanzausschuss die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 21 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP) - 2. Zwischenevaluation, Sachstand und Fortschreibung des Landesprogramms "Perspektive Arbeit (LAZLO)"

Vorlage Nr. 19/622-L

Abg. Frau Böschen stellt anhand der vorgelegten Daten fest, dass ein Drittel der Teilnehmenden für den 1. Arbeitsmarkt in Frage kämen. Diese Erfolgszahlen müssten sich weiter entwickeln. Daher sei die bundesweite Initiative zum Teilhabechancengesetz sehr zu begrüßen. Positiv für „Perspektive Arbeit“ komme hinzu, dass grundsätzlich kaum Abbrüche zu verzeichnen seien.

Abg. Kastendiek hinterfragt die Effizienz des Programms und merkt an, dass der Zweck des Programms die Erreichung des 1. Arbeitsmarktes sei und dieses Ziel eher in geringem Umfang erreicht werde. Es stelle sich daher die Frage, ob das Programm tatsächlich helfe oder andere Programme benötigt würden.

Abg. Frau Dr. Müller schließt sich der Analyse des **Abg. Kastendiek** an. Sie erklärt, dass die Evaluation dennoch zeige, dass das Programm LAZLO gewisse Zielgruppen erreichen und in den 1. Arbeitsmarkt integrieren würde. Dies sei insbesondere bei Frauen der Fall. Für weitere Zielgruppen benötige man andere langfristige Programme.

Dep. Dr. Redder merkt an, dass es auch nach seinen Erfahrungen nicht einfach sei, die Unternehmen in den Prozess der Integration von Langzeitarbeitslosen mit einzubeziehen. Dessen ungeachtet müsse die Beteiligung aufrechterhalten werden.

Staatsrat Siering erklärt, dass viele Unternehmen Interesse an solchen Integrationsprozessen haben würden und mittlerweile auch ein Coaching über das Programm LAZLO mit angeboten werde. Bezüglich auf die Ausrichtung der Programme sei klarzustellen, dass die Programme LAZLO und PASS den Fokus auf die Erreichung langzeitarbeitsloser Personen und nicht auf die Integration in den 1. Arbeitsmarkt legten. Sofern die Integration in den 1. Arbeitsmarkt gelinge, werde ein zusätzliches Ziel erreicht. Dies stelle allerdings nicht den priorisierten Zweck der Programme dar, die erfolgreich in einem schwierigen Umfeld aufgestellt seien.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt von dem Sachstand und der 2. Zwischenevaluation Kenntnis.

TOP 22 Zwischenbilanz und Fortsetzung des Projekts "Sprinter" im Jahr 2019

Vorlage Nr. 19/623-L

Abg. Rupp begrüßt die Fortsetzung des Projekts „Sprinter“. Die Maßnahme verlaufe positiv und es sei begrüßenswert, dass weitere Möglichkeiten für Teilnehmer geschaffen würden, sich formal zu qualifizieren.

Abg. Pirooznia zeigt sich sehr erfreut über die Fortsetzung des Projekts und spricht sich dafür aus, den Bereich der Gesundheitswirtschaft ebenfalls zu verstärken.

Abg. Frau Böschen bemerkt, dass sich das Projekt ausschließlich auf Bremen begrenze und hinterfragt, ob es Bestrebungen gebe, Bremerhaven zu integrieren. Zudem falle auf, dass mehrere Institutionen, wie etwa Krankenhäuser oder Anwälte Vorteile und Einsparungen durch das Projekt verzeichnen könnten. In diesem Zusammenhang hinterfragt sie, inwieweit sich diese Institutionen an dem Projekt beteiligen würden.

Herr Armstroff erläutert, dass für Bremerhaven kein Projekt geplant sei. Dort werde die Arbeit über eine Vielzahl an Kultur- und Sprachmittlern durchgeführt. Des Weiteren führt er an, dass in Konversation mit den Institutionen getreten worden sei, dabei aber keine Ergebnisse hinsichtlich einer Finanzierung erzielt werden konnten.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 € im Produktplan 31 (Arbeit, Land) zu. Die Abdeckung erfolgt im Jahr 2019 aus dem Produktplan 41 (Jugend und Soziales, Stadt).
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 23 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm: Fortsetzung ab 2019

Vorlage Nr. 19/637-L

Abg. Kastendiek erklärt, dass sich die Finanzierung des Aktionsprogramms über 2019 hinaus erstrecke und aufgrund der anstehenden Landtagswahlen und der damit zusammenhängenden Regierungsbildung noch Gegenstand von möglichen Gesprächen wegen grundsätzlicher Erwägungen sein müsse. Die Fraktion der CDU werde sich daher

enthalten.

Dep. Dr. Redder schließt sich den Ausführungen des **Abg. Kastendiek** an.

Abg. Frau Dr. Müller gibt zu bedenken, dass die ESF-Mittel auch über das Jahr 2019 hinaus in Anspruch genommen werden könnten und die Beratungsangebote Kontinuität bräuchten. Sie begrüßt, dass das Aktionsprogramm fortgesetzt werden könne und verdeutlicht die Bedeutung der Erreichung von Unternehmen durch die bestehenden Programme.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht über die weitere Umsetzung des BAP zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt den Budgetverschiebungen innerhalb der BAP Fonds A2 und B2 im Umfang von 1.572.000 Euro zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 1.783.000 Euro ESF-Mittel im BAP–Unterfonds A 1 zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 614.000 Euro ESF-Mittel im BAP–Unterfonds A 2 zu.
5. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 130.000 Euro ESF-Mittel im BAP–Unterfonds B 1 zu.
6. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 3.610.000 Euro ESF-Mittel im BAP–Unterfonds B 2 zu.
7. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 2.008.000 Euro ESF-Mittel im BAP–Unterfonds C 1 zu.
8. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe eines weiteren Budgets in Höhe von 275.000 Euro ESF-Mittel im BAP–Unterfonds C 2 zu.
9. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 8.420.000 Euro zu. Die Abdeckung dieser Verpflichtungsermächtigung erfolgt im Rahmen der zukünftigen Anschläge.
10. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen.

Die Beschlussfassung zu Beschlusspunkt 7 erfolgt gegen die Stimmen des Vertreters der

Fraktion der FDP sowie bei Enthaltung der Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und LKR-Gruppe, im Übrigen bei Enthaltung der Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU, FDP und LKR-Gruppe.

TOP 24 Umsetzungsstand Landesprogramm Perspektive Arbeit Saubere Stadt (PASS)

Vorlage Nr. 19/621-L

Abg. Rupp fragt, ob es einen aktuellen bzw. neuen Stand hinsichtlich der Finanzierung des Programms PASS gebe und die Perspektive für die Mitarbeiter damit gesichert sei.

Staatsrat Siering antwortet, dass die Finanzierung des Programms gesichert sei.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

TOP 25 "Perspektive Wiedereinstieg": Sachstand der Umsetzung des Bundes-ESF-Projektes in der dritten Phase und Ausblick

Vorlage Nr. 19/638-L

Abg. Frau Böschen hält das Projekt „Perspektive Wiedereinstieg“ für erfolgreich und begrüßt, dass das Projekt mit anderen AkteurInnen über zukünftige Unterstützung von Berufsrückkehrerinnen berät.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem beabsichtigten Zuschuss an FAW für den Ausgleich des nachgewiesenen Abrechnungsdefizits zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 26 EFRE-Programm Land Bremen 2014-2020:

Maßnahmenpaket Innovationpolitik 2016-2020

Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)

Phase B für den Zeitraum ab 2019

Vorlage Nr. 19/632-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt den in Phase B für den Zeitraum 2019-2021 des Maßnahmenpakets Innovationspolitik geplanten Aktivitäten zur Förderung von Clustern, Netzwerken, des Wissens- und

Technologietransfers sowie der Förderung einzelbetrieblicher Innovations- und Verbundprojekte (FEI) mit einem Mittelvolumen von 6.300.000 € zu. Sie stimmt, vorbehaltlich der positiven Prüfung der erforderlichen EFRE-Anträge, einer Finanzierung aus dem EFRE-Programm 2014 – 2020 des Landes Bremen zu.

2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen für das „Maßnahmenpaket Innovationpolitik 2016-2020 - Phase B“ und den sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die Haushaltsjahre 2019-2021 i.H.v. insgesamt 6.300.000 € entsprechend den beiliegenden VE-Anträgen zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter/Innen der Fraktion der CDU.

TOP 27 EFRE-Programm Land Bremen 2014-2020

Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)

Clustermanagement Luft- und Raumfahrt

Phase B für den Zeitraum ab 2019

Vorlage Nr. 19/633-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Umsetzung der Phase B für den Zeitraum 2019–2021 des Bremer Luft- und Raumfahrtforschungsprogramm 2020 sowie den Maßnahmen des Clustermanagements Luft- und Raumfahrt mit einem Mittelvolumen von 5.570.000 € zu. Sie stimmt, vorbehaltlich der positiven Prüfung der erforderlichen EFRE-Anträge, einer Finanzierung aus dem EFRE-Programm 2014 – 2020 des Landes Bremen zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen für die beschriebenen Maßnahmen und den sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die Haushaltsjahre 2019-2021 i.H.v. insgesamt 5.570.000 € entsprechend den beiliegenden VE-Anträgen zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter/Innen der Fraktion der CDU.

TOP 28 Neufassung der Richtlinien zum Ankauf und zur Vermarktung von Grundstücken des Landes und der Stadtgemeinde Bremen

Vorlage Nr. 19/653-L/S

Dep. Dr. Redder begründet seine Ablehnung mit der unverhältnismäßig prominenten Berücksichtigung von Erbbaugrundstücken und der unverständlichen Streichung einer Grundstücksvergabe unter Marktwert.

Abg. Kastendiek äußert sich ähnlich wie **Dep. Dr. Redder** und fügt hinzu, dass eine dauerhaft erfolgreiche Grundstücksvergabe auf Erbpachtbasis auch an den Banken scheitern dürfte, da diesen die Sicherheiten eines Grundstückseigentümers fehlen würden. Immerhin enthalte die neue Richtlinie einige Klarstellungen und sichere weiterhin die Grundstücksvergabe im Sinn einer möglichst großen Wertschöpfung für Bremen ab.

Staatsrat Siering bemerkt zum Erbbaurecht, dass dieses mit angemessenen Erbbauzins von durchaus ein attraktives Instrument darstellen könne; er sehe bei Zahlungszielen von 30-35 Jahren für Hypothekendarlehen auch keine Finanzierungsprobleme durch die Banken.

Abg. Kastendiek bemerkt, dass er kürzlich einen interessanten Ansatz zur Wertermittlung eines Grundstücks gesehen habe. Dabei sei der Gutachterausschuss für die Ermittlung der Grundstückswerte unbeachtet geblieben und der Grundstückswert an der potenziellen Nutzung bemessen worden. Es stelle sich die Frage, ob dies mit einer Partizipationsmöglichkeit für die Stadt ein dauerhaftes Verfahren sein könne.

Abg. Bücking erläutert, dass diese Frage schon häufiger in der Baudeputation aufgekomen sei, doch habe diese Frage nichts mit der Richtlinie zu tun. Zudem bestehe der Gutachterausschuss darauf, in seiner Wertermittlung immer die vorgesehene Ausnutzung des Grundstücks in seiner Wertermittlung berücksichtigt zu haben. Er verstehe die Vorlage als einen Zwischenstand, dem noch eine abschließende und konsistente Weiterentwicklung der städtischen Bodenpolitik folgen müsse. Der Erbbauzins werde voraussichtlich in Kürze neu organisiert werden.

Abg. Rupp sieht die Richtlinie als noch nicht zustimmungsfähig an. Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass es inzwischen eher ein Konzept zur Erhaltung des alten Wohnungsbestandes denn für Neubauten brauche.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Senatsvorlage zur Neufassung der Richtlinien zum Ankauf und zur Vermarktung von Grundstücken des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Neufassung der

Richtlinien zum Ankauf und zur Vermarktung von Grundstücken des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zu.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der FDP und DIE LINKE.

TOP 29 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen

Bremer Industrie-Park

Erschließung der 5. Baustufe - Mehrkosten

Vorlage Nr. 19/642-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmen der Finanzierung der Mehrkosten von 995.000 € bei den Straßenbau-, Kanal- und Gewässerbaumaßnahmen gemäß beigefügter Senatsvorlage zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem der Senatsvorlage als Anlage 1 beigefügten Antrag auf Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0709/891 70-7, GRW-Maßnahmen (BAB), in Höhe von 895.500 € zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 30 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Für TOP 19-25
gez. Stellmacher

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen **EFRE-Mittel** aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation ⁴⁾	48.140.858	50.997.240	11.009.271
Achse 2 - KMU	13.012.593	7.956.750	7.064.222
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.268.902	4.494.272
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	12.287.100	8.309.625
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	3.773.734
Programm insgesamt	96.840.070	79.630.846	34.651.124

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro).
Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EU-/EFRE-Anteil ohne nationale Kofinanzierung).

³⁾ Summe förderfähiger und anerkannter (geprüfter) Ausgaben. Aufgrund eines EU-/EFRE-Anteils von i. d. R. 50 % und damit einer erforderlichen nationalen Kofinanzierung in gleicher Höhe sind die Ausgaben nach vollständiger Umsetzung meist doppelt so hoch wie der EU-/EFRE-Beitrag. Tatsächlich ist der in den Projekten erreichte Ausgabenstand bereits höher. Die Ausgaben sind jedoch mehreren, aufwändigen Prüfschritten zu unterziehen. Um die Einheitlichkeit und Qualität der Angaben zu gewährleisten, werden die Ausgaben nur geprüft und damit zeitversetzt ausgewiesen.

⁴⁾ Durch die letzten Beschlüsse (lfd. Nr. 34-36) ist in Achse 1 bereits eine Überbuchung der aktuell verfügbaren Mittel zu verzeichnen. Überbuchungen sind grundsätzlich hilfreich und auch anzustreben, soweit finanziell darstellbar. Die folgenden Faktoren werden dazu beitragen, die vollständige Abrechnung der Projekte im EFRE-Kontext sicherzustellen: Es können im Rahmen der Abrechnungen der Projekte Mittel aufgrund von Minderbedarfen frei werden. Durch die in 2019 vorzunehmende Zuteilung der sog. Leistungsgebunden Reserve wird sich das verfügbare Programmvolumen erhöhen. Soweit notwendig, ist auch eine Mittelbereitstellung durch eine spätere Programmänderung mit Umschichtung von Mitteln zugunsten von Achse 1 möglich.

Vorhabenliste aller Ressorts

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
1	Wirtschaftsdeputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	138.976
2	Wirtschaftsdeputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	109.550
3	Wirtschaftsdeputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/ innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-17	623.000	0
4	Wirtschaftsdeputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-17	465.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
5	Wirtschafts- deputation HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-21	1.800.000	0
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-20	6.000.000	0
7	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-18	950.000	929.665
8	Wirtschafts- deputation HaFA	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016-17	915.000	1.511.141
9	Wirtschafts- deputation HaFA	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße (inkl. vorgeschalteter Konzeptstudien Fischereihafen)	3	2016-17	518.902	446.160
10	Wirtschafts- deputation HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016-17	280.000	416.038
11	Wirtschafts- deputation HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	552.452
12	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	5.989.608
13	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	3.393.399
14	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	3.773.734
15	Wirtschafts- deputation HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	5.450.175 4.264.213 4.048.113
16	Wirtschafts- deputation HaFA	07.09.2016 16.09.2016 19.09.2018 21.09.2018	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven (inkl. Mehrkosten-Beschluss 2018)	4	2016-20	2.570.000	830.825
17	Wirtschafts- deputation HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	378.591

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
18	Wirtschafts- deputation HaFA	18.01.2017 27.01.2017	Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven	4	2015-18	396.350	245.804
19	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Forschungs- und Verwaltungsgebäude für das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)	1	2017-20	4.400.000	0
20	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Zukunftskonzept Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES)	1	2017-20	1.644.740	0
21	Wissenschafts- ausschuss HaFA	17.05.2017 09.06.2017	Aufbau einer Forschergruppe „Hochleistungselektronik für Windenergieanlagen“	1	2017-21	752.500	304.988
22	Wirtschafts- deputation HaFA	27.09.2017 03.11.2017	City- und Stadtteilmarketing und -management (Finanzierung 2018 und 2019)	4	2018-19	280.000	132.397
23	Wirtschafts- deputation HaFA	15.11.2017 01.06.2018	Ein zukunftsfähiges Gründungsangebot - aus BEGIN wird das START Haus	2	2018-19	1.500.000	1.288.868
24	Wirtschafts- deputation HaFA	13.12.2017 26.01.2018	Virtual Product House im EcoMaT: Startprojekt Multifunktionale äußere Steuerungsfläche	1	2018-21	1.220.000	0
25	Wissenschafts- ausschuss HaFA	11.04.2018 20.04.2018	Aufbau einer durchgängigen Prozesskette für das additive Manufacturing von hochbeanspruchten metallischen Bauteilen (IWT - ProAM)	1	2018-20	850.000	0
26	Senat Wirtschafts- deputation HaFA	08.05.2018 13.06.2018 29.06.2018	ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start- up Inkubators für die Raumfahrt in Bremen	1	2018-21	1.075.000	0
27	Wirtschafts- deputation HaFA	13.06.2018 29.06.2018	Quartiersmeisterei Lehe in Bremerhaven	4	2015-20	762.250	446.428
28	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung der angewandten Umweltforschung (AUF)	1	2016-21	2.100.000	0
29	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung anwendungsnahe Umwelttechniken (PFAU)	1	2016-21	4.000.000	0
30	Umweltdeputation HaFA	14.06.2018 15.06.2018	"Drehscheibe Gröpelingen" Neubau einer Umsteiganlage	4	2018-22	1.250.000	0
31	Wirtschafts- deputation HaFA	19.09.2018 21.09.2018	Projektförderung für die Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG) GmbH in 2018 bis 2020	2	2018-20	503.750	0
32	Bau und Umwelt Deputation HaFA	01.11.2018	Naherholungspark Bremer Westen - Rundweg In den Wischen	4	2018-19	500.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
33	Bau und Umwelt / Kinder und Bildung Deputation HaFA	01.11.2018 02.11.2018	Neubau der Oberschule und Gestaltung des Campus Ohlenhof - Neubau Sporthalle	4	2019-20	1.750.000	0
34	Wirtschafts- deputation HaFA	05.12.2018	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI), Phase B	1	2019-21 ⁴⁾	4.250.000	0
35	Wirtschafts- deputation HaFA	05.12.2018	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo), Phase B	1	2019-21 ⁴⁾	4.735.000	0
36	Wirtschafts- deputation HaFA	05.12.2018	FuE-Infrastruktur für additive Fertigung im EcoMaT	1	2019-20 ⁴⁾	450.000	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 05.12.2018)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 25.10.2018)
30.	Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Zwischenbericht nach erster Projektphase	01.03.2017	Abg. Liess	
40.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	24.04.2019
43.	Ausschöpfung der Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	07.03.2018	Abg. Rupp	20.02.2019
45.	Sachstand Strukturelle Neuaufstellung Tourismusförderung/-entwicklung	13.06.2018	Abg. Reinken	
47.	Nutzung von BIM-Software in bremischen Einrichtungen und Gesellschaften – Sachstand	25.10.2018	Abg. Kastendiek	